



Kai Seefried

Mitglied des Niedersächsischen Landtages
CDU-Fraktion

Wahlkreisbüro Assel
Am Asseler Fleet 131
21706 Drochtersen
Tel: 04148/ 610479
Fax: 04148/ 616360
Email: mail@kai-seefried.de

Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade
Tel: 04141/ 5186-11

Internet
www.kai-seefried.de

Landtagsrede vom 14. März 2013

Kein Bildungsabbruch in Niedersachsen - Alle Ressourcen bleiben in der Bildung

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/29

Auszug aus dem stenografischen Bericht
der 4. Sitzung des Niedersächsischen Landtages

Kai Seefried (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der FDP zielt für mich in zwei Richtungen: Erstens definiert er die richtigen bildungspolitischen Ziele für die Zukunft unseres Landes, und zweitens bringt er die berechtigte Sorge über die zukünftige Ausstattung unseres Bildungssystem zum Ausdruck. Die der-zeitigen öffentlichen Äußerungen der neuen Landesregierung - oder auch gerade das Gegenteil von öffentlichen Äußerungen, wie man das Abtauchen der Ministerin bezeichnen könnte - lassen die Sorge aufkommen, dass der Landshaushalt auf Kosten unserer Schülerinnen und Schüler saniert werden soll.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vor diesem Eindruck warnt selbst - und das sollte Sie nachdenklich machen - Ihr eigener Berater und Freund Eberhard Brandt von der GEW in der Februarausgabe der Zeitschrift *Erziehung und Wissenschaft*. Dort macht er sich aufgrund des derzeit immer wieder verwendeten Begriffes des Kassensturzes Sorgen über die weitere Finanzierung des niedersächsischen Bildungssystems. Er warnt die neue Regierung davor - jetzt zitiere ich aus dieser Zeitung -:

„Ich gehe davon aus, dass SPD und Grüne gut wissen, dass sie das Vertrauen in die zentralen Wahlaussagen zur wachsenden Bedeutung der Bildung nicht verspielen dürfen und dass ihnen das Desaster aus der Zeit der Ministerpräsidenten Schröder und Gabriel noch in den Knochen sitzt.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich hoffe, dass es Herrn Brandt, der diese Sorgen dort äußert, nicht so gehen wird wie seiner GEW-Kollegin in Baden-Württemberg. Bei den Koalitionsverhandlungen der dortigen rot-grünen Landesregierung saß die GEW-Vorsitzende damals noch als Beraterin der SPD mit am Tisch, und heute, nachdem diese Regierung ihre Arbeit aufgenommen hat, gehört sie zu den schärfsten Kritikern der neuen Regierung, in der nach ihrer Aussage eine lehrerfeindliche Stimmung herrsche.

Aber wer derzeit die Medien verfolgt, der spürt bereits auf allen Ebenen die Flucht in Ausreden. „Kassensturz“ ist der neue Lieblingsbegriff. Angeblich gibt es schwarze Löcher. Außerdem - auch wenn es hier gerade anders dargestellt worden ist -: Es gibt nicht eine

einzigste konkrete Aussage dahin gehend, dass alle Ressourcen, die im Bildungssystem sind, dort auch bleiben sollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das Kultusministerium wird in der *Welt* vom 6. März dieses Jahres zum Erhalt der demografischen Rendite wie folgt zitiert - das muss ich hier jetzt einmal wörtlich vorlesen:

„Die Frage des umfänglichen Erhalts der Demografierendite im Bildungsbereich bleibt dann im Gesamtzusammenhang mit der Aufstellung des Landeshaushalts unter Berücksichtigung der fassungsgemäßen Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung zu entscheiden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich frage mich, was uns diese verklausulierten Worte sagen sollen. Ist dies die Vorbereitung auf den Rückzug und ein Zusammenstreichen des Kultushaushaltes nach dem neuen Motto „rückwärts marsch in der Bildungspolitik“?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben im Jahr 2003 einen desaströsen Haus-halt von der SPD-Regierung übernommen, und trotz dieser schlechten finanziellen Lage haben wir die dringend notwendigen Lehrereinstellungen vorgenommen und die katastrophale Unterrichts-versorgung beendet. Wir haben in der Regierungsverantwortung ab 2003 trotz einer immer schwierigen Haushaltslage - das ist jetzt auch keine Ausrede - die Prioritäten im Bildungsbereich richtig gesetzt. Trotz des Rückgangs der Zahl der Schülerinnen und Schüler um über 100 000 haben wir heute in Niedersachsen 5 000 Lehrerstellen mehr. Das ist die höchste Anzahl an Lehrkräften in der Geschichte unseres Bundeslandes.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Kultusetat ist von 3,7 Milliarden Euro im Jahr 2003 auf 5 Milliarden im Jahr 2013 angestiegen. Das ist eine Steigerung um 1,3 Milliarden Euro. Das sind die höchsten Bildungsausgaben in der Geschichte des Landes Niedersachsen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Für uns stand immer fest, dass wir diese Ressourcen auch bei weiter zurückgehenden Schülerzahlen im Bildungssystem belassen. Wir werden jetzt ganz genau aufpassen, dass Sie nicht unsere bildungspolitischen Erfolge der letzten Jahre aufs Spiel setzen.

Wir unterstützen die Forderung in dem Antrag nach einer weiteren Verbesserung der Ausstattung der Ganztagschulen. Wir haben hier in den vergangenen Jahren bereits viel geschafft. Seit 2003 haben wir die Zahl der Ganztagschulen von 153 auf heute über 1 500 nahezu verzehnfacht.

Man spürt förmlich, dass ganz viele Menschen im Land und auch darüber hinaus darauf gespannt sind, wie es mit der Bildungspolitik in Niedersachsen weitergeht. Öffentlich macht es den Eindruck, dass die Kultusministerin abgetaucht ist, so auch das *Hamburger Abendblatt* vom 6. März. Das *Hamburger Abendblatt* weist darauf hin, dass aus-gerechnet beim wichtigsten landespolitischen Themenfeld Schule beredtes Schweigen herrscht. So heißt es dort:

„Ganz gleich, um welches Detail es geht - das Ministerium gibt keinerlei konkrete Antworten.“

Wir haben gestern Abend in einer Runde darüber nachgedacht: Was kann der Hintergrund für dieses beredte Schweigen sein? - Da ist uns eingefallen: Als wir hier im Niedersächsischen Landtag die Ämter an die neue Landesregierung übergeben haben, ist

die neue Kultusministerin gemeinsam mit unserem damaligen Kultusminister Dr. Althausmann in ein und demselben Auto zum Ministerium gefahren. Seitdem schweigt die Ministerin. Wir fragen uns schon: Was ist in dem Auto damals passiert? - Wir warten auf die Antworten der neuen Landesregierung. Wir hoffen, dass Sie sich kein Beispiel an Ihren Kollegen in anderen rot-grün regierten Bundesländern nehmen. In Nordrhein-Westfalen ist der Abbau von 500 Lehrerstellen geplant. In Schleswig-Holstein sollen 700 Lehrerstellen gestrichen werden. In Rheinland-Pfalz sind es schon 2 500 Lehrerstellen. Und den Bock in dieser Angelegenheit schießt Baden-Württemberg mit einer Streichung von 11 600 Stellen ab.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

So sieht anscheinend rot-grüne Bildungspolitik aus.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden Ihnen die Bildungspolitik in Niedersachsen mit Ihren derzeitigen Nichtaussagen nicht durchgehen lassen. Wir werden darauf aufpassen, dass Sie die Erfolge, die wir in den letzten zehn Jahren erreicht haben, nicht aufs Spiel setzen; denn normalerweise könnten Sie gar nicht anders, als diesem Antrag zuzustimmen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)